

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Konferenz der Kantonsregierungen KdK
Generalsekretariat
Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
3001 Bern

per Mail an
mail@kdk.ch

25. Mai 2021

Digitale Verwaltung Schweiz DVS: Konsultation zu den Grundlagen für die Umsetzung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Grundlagen für die Umsetzung der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz DVS. Nachfolgend äussern wir uns gerne wie folgt:

Allgemeine Bemerkungen:

Die Organisation Digitale Verwaltung Schweiz DVS ist ein Meilenstein in der Entwicklung von E-Government in der Schweiz. Wir sind überzeugt, dass mit den vorliegenden Grundlagen, die Basis für eine erfolgreiche Organisation geschaffen wird. Die Einbindung aller Akteure und Stakeholder in zentralen Strukturen wird es ermöglichen, dass Standards und Lösungen gefunden werden, welche dringend benötigte Fortschritte in der digitalen Transformation der Verwaltungsprozesse ermöglicht ohne die föderalen Rahmenbedingungen überzustrapazieren.

Frage 1: Unterstützen Sie die Umsetzung der neuen Organisation "Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)" wie im Grundlagenbericht vom März 2021 vorgeschlagen?

Wir unterstützen die Umsetzung, wie sie im Grundlagenbericht dargelegt wird.

Die anfängliche Befürchtung, den Bedürfnissen der Kantone und Gemeinden in einer zentralen Organisation nicht gerecht zu werden, wird durch die breite Abstützung sowohl im politischen als auch im operativen Führungsgremium über alle föderalen Ebenen Rechnung getragen.

Zwar kann die Einbindung der föderalen Ebene der Gemeinden in die Entscheidungsgremien ohne direkte finanzielle Beteiligung durchaus infrage gestellt werden. Wir betrachten jedoch die Notwendigkeit der Integration aller Ebenen als vordringlich. Eine finanzielle Beteiligung der Gemeinden – sollte eine solche als notwendig erachtet werden - kann sinnvollerweise nur über die Kantone und der Einbindung ihrer Gemeinden indirekt erfolgen.

Die Erfahrung aus E-Government Schweiz und der bisher gültigen Rahmenvereinbarung hat ausserdem gezeigt, dass sich die Beteiligung der Gemeinden an den Entscheidungsgremien durchaus als fruchtbar erwiesen hat und die Gemeinde- und Städtevertretungen sich als verlässliche Partner positiv einbringen.

Frage 2: Können Sie dem Entwurf für eine "Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz" grundsätzlich zustimmen?

Wir stimmen dem Entwurf der Rahmenvereinbarung in der vorliegenden Form zu.

Frage 3: Haben Sie Änderungsanträge zum Entwurf der "Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz"?

Wir haben keine Änderungsanträge.

Haben Sie weitere Bemerkungen oder spezifische Anliegen im Hinblick auf eine Umsetzung der neuen Organisation DVS?

Gemäss Teilbericht «Organisatorische Grundlagen» (Kapitel 3.4.2) setzt sich die Delegiertenversammlung auf Ebene Kantone aus den Fachleuten für Informatik, Digitalisierung oder E-Government zusammen. Die meisten Kantone haben weniger als 400'000 Einwohner und damit Anrecht auf nur eine einzige Delegation. Nach der Auflösung der SIK liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, dass die Kantone jeweils die bisherigen SIK-Delegierten erneut an die DVS entsenden. Das sind heute mit grosser Mehrheit deren Informatikverantwortliche. Dies würde jedoch bedeuten, dass aus den Kantonen Vertretungen mit starken IT-Interessen übervertreten sind. Wir schlagen deshalb vor, dass allen Kantonen mindestens zwei Vertretungen an der Delegiertenversammlung zugestanden werden. Somit kann eine ausgewogenere Interessenvertretung aus Technik und Digitalisierung (Organisation Dienststellen) gewährleistet werden.

Der Austausch und die Koordination der Umsetzungsverantwortlichen in den Kantonen erachten wir als wichtige Säule für pragmatische und kooperative Umsetzungen unter den Kantonen. Bisher konnte dieser Austausch sehr produktiv in der Fachgruppe E-Government der SSK gepflegt werden. Wir bedauern, dass der Einbindung dieser wichtigen Institution in die Strukturen von DVS wird in den Berichten wenig bis gar kein Gewicht beigemessen wird. Wir schlagen deshalb vor, die Fachgruppe E-Government der SSK weiterhin beizubehalten und als ständige Arbeitsgruppe der DVS zu institutionalisieren.

Wir begrüssen die neue Organisation «Digitale Verwaltung Schweiz» (DVS) auf der Grundlage der vorliegenden Berichte und sind der Ansicht, dass diese das Potential hat, die Entwicklung von E-Government in der Schweiz entscheidend positiv zu beeinflussen.

Wir danken Ihnen für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber